

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

7. Jahrgang

Dresden, Freitag den 18. Dezember 1931

Nummer 209

Sachsen-Regierung eine Brüning-Filiale

Schied-Blod hinter Brüning und Groener!

Abkündigung über Notverordnung ist gescheitert. Sündliche Anbiederungsversuche Nazi-Studentenfront an die Schied-Regierung. SPD-Liebmann, Edel und Arndt für Zolierung und Notverordnung gegen die Einheitsfront der Arbeiter. Schied-Kabinetts vertuscht Naziterror und kündigt neue Maßnahmen gegen die KPD an. Sinnesweg mit diesem Landtag und der Schiedsdiktatur, Massenkampf gegen Not und Reaktion!

Dresden, den 18. Dezember.

Zwei Tage sächsischer Landtag haben wiederum mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß dieses Schattenparlament nicht mehr dem Willen des werktätigen Volkes Sachsens entspricht, daß die Schied-Diktatur verschwinden muß. Hätten alle Arbeitenden und Hungernden die Gelegenheit gehabt, die Reden dieser „Volksvertreter“ zu hören, und bei den Abstimmungen über die Notverordnungsanträge und die Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion gegen den Naziterror, dabei zu sein, sie alle hätten einen lebendigen Anschauungsunterricht darüber erhalten, wie bitter notwendig der Massenkampf der Werktätigen gegen die völkseindliche Politik der Schied-Regierung, gegen die verräterische Zolierungspolitik der SPD und gegen die Futtertrüppchenfütterung und reaktionären Pläne der Nazis und der Harzburger ist.

Auf Befehl Schieds ließ der sozialdemokratische Landtagspräsident Wedel über den kommunistischen Antrag, der die Nichtdurchführung der 4. Notverordnung Brünings in Sachsen verlangt, nicht abstimmen. Die Regierung ließ durch Wedel erklären, daß die Abstimmung gegen die Notverordnung gescheitert sei.

Dieses Schattenparlament ließ es sich gefallen, daß die Regierung sich weigerte, Erklärungen zu den Anträgen und Anfragen der kommunistischen Landtagsfraktion abzugeben. Die Proteste der KPD-Landtagsfraktion wurden in einer Serie von Ordnungsrufen des SPD-Wedels gegen KPD-Landtagsabgeordnete erstickt. Die Schiedsregierung und der Innenminister Richter bedeten in ihrer Regierungserklärung alle Volksmaßnahmen gegen die werktätigen Massen.

In der Regierungserklärung werden die nationalsozialistischen Terrorakte vertuscht und abgemildert, dagegen Zahlen, angeblicher kommunistischer Mordfälle auf Nationalsozialisten genannt, wo heute noch die Femele fehlen.

In derselben Regierungserklärung werden aber scharfe Maßnahmen gegen die KPD, die revolutionäre Presse und die revolutionären Massenorganisationen angekündigt.

In diesem sterbenden Landtag, vor dieser Regierung, die durch das Volksbegehren bereits ein deutliches Mißtrauensvotum erhalten hat, hielt Nazi-Studentenfront eine sündliche Anbiederungsrede an das Schied-Kabinetts, eine Rede zur Kooperationsfähigkeit der Nazis in Sachsen.

Diese Anbiederungs- und Kollaborationsversuche der Nazis konnte die KPD-Fraktion in feiner Weise nachsehen. Liebmann, Edel und Arndt erklärten sich für die Zolierungspolitik und für die Notverordnungen der Brüning-Groener-Regierung. Mit seltener Frechheit und mit den dreisteften Lügen verteidigten sie die Verratspolitik der Sozialdemokratie und erklärten sich offen gegen die Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf gegen Faschismus, Schied-Diktatur und Notverordnungsregime.

Nur die kommunistische Partei und ihre Redner im sächsischen Landtag haben der Schiedsregierung und ihren beiden Stützen die Maske vom Gesicht gerissen und das ausgesprochen, was das werktätige Volk in Sachsen denkt und fühlt. Diese Landtagsdebatten standen unter dem Zeichen und des Einbruchs der gewaltigen Erschütterung der kommunistischen Partei bei der Durchführung des roten Volksbegehrens. Die „Volksvertreter“ wissen, daß es nicht mehr lange dauern wird, bis das werktätige Volk diesen Landtag davonjagen wird.

Jetzt gilt es die außerparlamentarischen Massenkämpfe verstärkt zu führen und gemeinsam mit der kommunistischen Partei zu kämpfen für den Sturz der Schiedsregierung und um die Forderungen der werktätigen Massen.

(Ausführlicher Bericht siehe Seite 9.)

7 Prozent Lohnabbau bei den Textilern

Freie Vereinbarung zwischen den Gewerkschaftsbörsen und Unternehmern

Kaum ist der Lohnabbauabschiedspruch für die ostächsische Textilarbeiterchaft mit Hilfe der Gewerkschaftsbörsen durchgesetzt worden, haben die Gewerkschaftsführer erneut den ungeheuerlichen Verrat an den Textilarbeitern begangen. In freier Vereinbarung mit den Unternehmern kürzten sie die Hungerlöhne der ostächsischen Textilarbeiter rückwirkend ab 1. Dezember um 4 Prozent und ab 1. Januar 1932 um weitere 3 Prozent. Die Gewerkschaften, die soeben erst den fünfprozentigen Lohnabbauabschiedspruch für die ostächsischen Textilarbeiter angenommen hatten, erklärten sich in freier Vereinbarung mit einem weiteren Lohnabbau von 7 Prozent einverstanden. Die Hungerlöhne der Textilarbeiter, der am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorie Deutschlands, sind damit um 12 Prozent gesunken.

Die Börsen des Textilarbeiterverbandes haben damit ihren Möglichkeiten die letzte Illusion, Vertreter der Arbeiterinteressen zu sein, genommen. Erneuter Lohnraub und weiterer Verrat am proletarischen Weg der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die einzige Organisation, die es ernst meint mit der Interessenvertretung aller Werktätigen, das ist die KPD. Textilarbeiter Deutschlands, schließt euch zusammen zum Kampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Dritter Lohnabbau im Ruhrberaubau

Essen, 17. Dez. (H. Drahtm.)

Der Schlichter, Dr. Brahn, fällt heute für den Ruhrberaubau auf Grund der Notverordnung einen Schiedspruch, der für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April sämtliche Tariflöhne des beliehenden Tarifvertrages um 10 Prozent kürzt.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben im letzten Jahr bereits zweimal einen Lohnabbau gehabt. Im Januar und im Juli 1931, wo nur die KPD den Streikwiderstand organisierte, und im Juli 1931, wo nur die KPD den Streikwiderstand organisierte, die Gewerkschaftsführer aber zu offenem Streikbruch im Kampf

griffen. Die Notverordnung ermöglicht es ausdrücklich, daß die Löhne der Bergarbeiter weit unter den Stand des 10. Januar 1927 gedrückt werden.

Anariffe auf Berliner Gasarbeiter

Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke in Berlin will, wie mitgeteilt wird, die Löhne für die Gas- und Wasserarbeiter unter Berufung auf die Notverordnungen um 24 Prozent ab 1. Januar senken. Die Löhne der Gas- und Wasserarbeiter sind im letzten Jahr bereits um 18 Prozent gesunken worden, so daß ein Lohnabbau von insgesamt 37 Prozent geplant ist.

Gehaltskürzung für die Metallarbeiter

Nach dem Lohnabbauabschiedspruch der sozialdemokratischen Schlichter Adolf Wiltsch, der den Berliner Metallarbeitern einen Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent als Notverordnungsmaßnahme Weichschickselung brachte, wurde gestern nachmittags über den Gehaltsabbau für die Angestellten der Berliner Metallindustrie ab 1. Januar 1932 verhandelt.

Lehren des Volksbegehrens!

F. S. Das rote Volksbegehren in Sachsen zur Auflösung des sächsischen Landtages ist beendet und die erste Etappe in der Kampagne zur Durchführung des Volksentscheides abgeschlossen, abgeschlossen mit einem großen Erfolg für unsere Partei. Denn es ist unzweifelhaft, die Tatsache, daß sich 733 000 Wahlberechtigte in Sachsen, das sind 200 000 mehr als kommunistische Wähler bei der letzten Wahl, für die kommunistische Forderung der Auflösung des Landtages und des Sturzes der Schiedsregierung erklärten, stellt einen außerordentlichen Erfolg dar. Dieser Erfolg wird noch größer angesichts der Tatsache, daß während der zweiten Hälfte des Volksbegehrens praktisch der Ausnahmezustand herrschte und jede legale Agitationsmöglichkeit unterbunden war, angesichts der Tatsache der vielfältigen Maßnahmen behördlicher und außerbehördlicher Sabotage und Schikanen gegen das Volksbegehren.

Trotz allen Geschreis der sozialdemokratischen Presse war dieses Volksbegehren ein rotes Volksbegehren, eine Massenaktion der revolutionären Arbeiterklasse unter Führung der KPD. Abgesehen davon, daß es möglich wäre, hunderte Beweise anzuführen für die flüchtige Beteiligung und die offene und verteilte Sabotage der Nichtvolksbegehrensparteien der „Katopp“ und die völlige Einfluss- und Bedeutungslosigkeit solcher Volksbegehrens „partner“ wie der sächsischen Kampfpartei und der Brandierseite, wurde der Charakter dieser politischen Aktion bestimmt durch die Tatsache der stärksten Mobilisierung und Ausweitung aller Schichten des werktätigen Volkes durch die kommunistische Agitation und Propaganda und die Gewinnung breiter werktätiger Schichten für den Kampf gegen die kapitalistische Schiedsdiktatur unter unseren Vorkämpfern und unter unserer Führung. Alles Geschrei der SPD-Presse wäre nicht imstande, auch nur im geringsten etwas an dem Charakter dieses roten Volksbegehrens zu ändern und den Erfolg des Volksbegehrens als einen Erfolg der KPD und des von ihr geführten Kampfes gegen Kapitalismus und schiedsdiktatorische Herrschaft zu unterminieren.

Dieser Erfolg wurde von der Partei errungen trotz des Vorhandenseins einer Reihe ernster Mängel und Schwächen in der politischen Arbeit der Partei, die festzustellen die Pflicht bolschewistischer Selbstkritik ist und die abzustellen und zu überwinden dringende Aufgabe der Partei und die Voraussetzung zu noch größeren Erfolgen der Partei in der Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats und der Eroberung der Führung der Massen des werktätigen Volkes zum Kampfe gegen den Kapitalismus ist.

Der Führer unserer Partei, Genosse Ernst Thälmann, hat vor kurzem in der Internationale, dem theoretischen Organ der KPD, in einer Weise, die als Muster für eine bolschewistische Selbstkritik dienen muß, Fehler und Schwächen in der Theorie und Praxis unserer politischen Arbeit festgestellt, und es muß die Aufgabe der Führung und aller Einheiten der sächsischen Parteiorganisation sein, die im Verlauf des Volksbegehrens aufgetretenen Schwächen und Mängel an Hand der Kritik des Genossen Thälmann an den theoretischen und praktischen Fehlern der Gesamtpartei zu überprüfen und zu unterbinden.

Der Genosse Thälmann stellt in seinem Artikel als die entscheidendsten Tatsachen der Entwicklung in Deutschland fest:

„Die wechselseitige Ausnutzung der SPD und der Nationalsozialisten für die Diktatur der Bourgeoisie, die wachsende Anwendung faschistischer Formen bei der Ausübung dieser Diktatur durch die Brüning-Severing-Regierungen und die nach wie vor von der Bourgeoisie erkannte und ausgenutzte Rolle der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie.“

Es ist unzweifelhaft, daß sich bei der Durchführung des Volksbegehrens in der Frage der Kennzeichnung der Schiedsdiktatur als „Diktatur der Bourgeoisie“ unter wechselseitiger Ausnutzung der SPD und Nazis Schwächen in der Agitation und der politischen Kampfführung der Partei in Sachsen gezeigt haben. An Stelle einer klaren und eindeutigen Kennzeichnung der Rolle der Nationalsozialisten als Stütze der Schiedsdiktatur und der Ausnutzung der KPD als faschistischer Kampfpartei, für den Prozess der Falschierung des Staatsapparates, trat sehr oft in unserer Volksbegehrensagitation das Spiel mit parlamentarischen Kombinationen und ein unpolitischer, sehr oft reaktionärer hafter Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Das Volksbegehren in Sachsen war als proletarische Massenaktion gegen die kapitalistische Diktatur in erster Linie ein Kampf gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie, gegen die sozialdemokratische Zolierungspolitik und gegen die Politik des „Lies und Betrug“. Ohne Zweifel hat das Volksbegehren in der Linie dieser